

# Fraktion stellte wichtige Weichen

Susanne Hennig-Wellsow zur Vorsitzenden gewählt

**Nach der Wahl von Bodo Ramelow zum Thüringer Ministerpräsidenten wurden am 10. Dezember mit der Wahl von Susanne Hennig-Wellsow zur Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Landtag und weiterer Mitglieder des Fraktionsvorstandes wichtige Weichen für die Weiterführung einer erfolgreichen Fraktionsarbeit gestellt.**

Mit Susanne Hennig-Wellsow, die seit 2013 Parteivorsitzende der LINKEN in Thüringen ist, wurde eine wichtige Akteurin der rot-rot-grünen Gespräche zur Bildung einer gemeinsamen, reformorientierten Landesregierung an die Fraktionsspitze gewählt.

„Damit sichern wir, dass Fraktion und Partei ohne Reibungsverluste in die Parlaments- und Regierungsarbeit starten“, erklärte die LINKE Parteivor-

sitzende in Thüringen und neu gewählte Fraktionschefin. Die Abgeordnete Susanne Hennig-Wellsow ist mit 18 von 27 anwesenden Abgeordneten zur Fraktionsvorsitzenden gewählt worden. Katja Mitteldorf (18 Stimmen) und Mike Huster (20 Stimmen) wurden stellvertretende Fraktionsvorsitzende, André Blechschmidt Parlamentarischer Geschäftsführer (23 Stimmen).

„Die Linksfraktion wird eigene Akzente setzen und selbstbewusste parlamentarische Arbeit machen, die das Regierungshandeln unterstützt“, unterstrich Susanne Hennig-Wellsow. Linke Gestaltungsprojekte, wie die Einführung eines beitragsfreien Kita-Jahres, der Ausbau der Gemeinschaftsschulen und die Stärkung der Arbeit gegen Rechts, seien einige der Hauptanliegen und müssten schnell und ohne Abstriche umgesetzt werden. ■



Von Bodo Ramelow Blumen für den neuen Fraktionsvorstand (v.l.): Mike Huster, Susanne Hennig-Wellsow und André Blechschmidt. Katja Mitteldorf und die als Landtagsvizepräsidentin dem Vorstand angehörende Margit Jung (Fotos rechts) waren bereits wieder unterwegs.



## Kampf gegen Rechtsextremismus ein Schwerpunkt in der Regierungserklärung

**In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow bildete das Kapitel zum Kampf gegen den Rechtsextremismus einen Schwerpunkt. Wörtlich sagte er:**

Die im Jahr 2011 offenbar gewordenen Verbrechen des so genannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ haben uns tief erschüttert und entsetzt. Sie haben uns aber auch vor Augen geführt, welche Gefährdungen für unsere demokratischen Werte von gewaltbereiten Rechtsextremisten ausgehen. Deshalb werden wir das vorhandene Landesprogramm auf den Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus konzentrieren und gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Akteuren weiterentwickeln. Wir richten das Landesprogramm also inhaltlich neu aus.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus bleibt eine ressortübergreifende und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Um die Rahmenbedingungen nachhaltig zu verbessern, wird die Landesregierung die finanzielle Ausstattung des Landesprogramms um jährlich eine Million Euro aufstocken. Neben Präventionsangeboten spielt auch das konsequente repressive Vorgehen gegen Rechtsextremismus eine entscheidende Rolle. Hierzu werden wir insbesondere die zentrale Bekämpfung rechtsextremer Straftaten fortführen und die Möglichkeiten für Verbote rechtsextremer Organisationen ausschöpfen.

Darüber hinaus werden Aus- und Fortbildungsinhalte bei der Thüringer Polizei dahingehend überprüft, ob und auf welche Weise einerseits noch stärker als bisher über die Erscheinungsformen und das Gewaltpotenzial des

Rechtsextremismus aufgeklärt, andererseits aber auch die Vermittlung interkultureller und sozialer Kompetenzen weiter verbessert werden kann. Hierzu gehört auch eine Steigerung des Anteils an Bediensteten bei der Thüringer Polizei mit Migrationshintergrund.

### Reform des Landesamtes für Verfassungsschutz

Eine herausragende Konsequenz aus den abscheulichen Verbrechen des so genannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ bleibt die umfassende Neuausrichtung der Sicherheitsarchitektur in Thüringen. Dabei werden wir die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ zugrunde legen.

Der Untersuchungsausschuss hat eine grundlegende Reform des Landesamtes für Verfassungsschutz angeordnet. Die Landesregierung wird diesen Auftrag unter anderem durch die Berufung einer Expertenkommission umsetzen, die Vorschläge zu dessen Neuausrichtung erarbeiten wird.

Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz wird sich bei seinem zukünftigen Handeln konsequent am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und dem Schutz der bürgerlichen Grundrechte ausrichten haben. Parallel dazu sollen die parlamentarische und die öffentliche Kontrolle des Verfassungsschutzes weiter ausgebaut werden.

Nach den Erfahrungen um den Thüringer Heimatschutz und als Konsequenz aus den NSU-Verbrechen wird das bisherige V-Leute-System in Thüringen abgeschafft.

Ebenso werden wir dafür Sorge tragen, dass eine klare Trennung zwischen Polizei und Verfassungsschutz

insbesondere im Bereich der Gefahrenabwehr erfolgt und das Landesamt zukünftig keinerlei präventive Aufgaben im Bereich der gesellschaftlichen Bildung und Information mehr wahrnimmt.

### Ausbau von Beteiligungsrechten

Die neue Landesregierung schreibt sich eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf ihre Fahnen – auch und gerade für die Jugendlichen. Wir werden deshalb das aktive Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre absenken und die kommunalen Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden weiterentwickeln und uns dafür die Vorschläge des Bündnisses für mehr Demokratie in Thüringen ansehn. Für Wahlen und Abstimmungen auf Landesebene werden wir eine entsprechende Verfassungsinitiative zur Senkung des Wahlalters starten. Wir sind uns bewusst, dass wir dafür auf die größte Oppositionsfraktion angewiesen sind und appellieren daher an die CDU-Fraktion, dieses Vorhaben zu unterstützen.

Die mäßige Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen hat uns einmal mehr vor Augen geführt, wie wichtig es ist, die Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsfindungsprozesse stärker einzubinden. Dies wird auch ein Weg sein, um unsere Demokratie zu stabilisieren und gegen Angriffe zu immunisieren.

In den vergangenen Jahren haben wir vielfach das Wort der Willkommenskultur im Mund geführt. Zu einer wirklichen Willkommenskultur gehört es nach Ansicht der Landesregierung, den Menschen, die zu uns gekommen sind, Vertrauen entgegenzubringen.

Auch diese Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund wollen wir daher durch eine Ausweitung des Wahlrechts stärker beteiligen und werden uns im Bundesrat dafür einsetzen.

Als weitere Veränderungen in Bezug auf eine verbesserte Transparenz und Bürgerbeteiligung wird die Landesregierung eine Überarbeitung des Untersuchungsausschussgesetzes auf den Weg bringen. Außerdem soll beim Thüringer Landtag ein so genanntes Transparenzregister eingerichtet werden, um mögliche Einflussnahmen von Einzelpersonen und Organisationen auf parlamentarische Vorgänge für die Öffentlichkeit erkennbar zu machen.

Auch bei Energieprojekten wie Windparks oder Pumpspeicherkraftwerke wird heutzutage regelmäßig eine Bürgerbeteiligung mit Recht auch bereits im Vorfeld förmlicher Planungsverfahren eingefordert. Eine solche Beteiligung eröffnet umfassende Chancen für die Projektgestaltung und Akzeptanz. Bei konstruktivem Verlauf profitieren alle beteiligten Partner: Bürger und Träger öffentlicher Belange, Politik und Verwaltung sowie Vorhabenträger. Ein solcher Prozess erfordert aber auch ein gemeinsames Verständnis über Regeln des Umgangs der einzelnen Akteure während der Beteiligung, und diese Regeln sollten vorab vereinbart werden.

Deswegen wird die Koalition einen Prozess der Verständigung zur ergebnisoffenen, fairen, vorförmlichen Bürgerbeteiligung bei strittigen Projekten initiieren. Dieser Prozess soll in einem Codex für Bürgerbeteiligung münden, den ein möglichst breites Spektrum an Partnern – Bürger und Träger öffentlicher Belange, Politik und Verwaltung, sowie Vorhabenträger – miteinander vereinbart. ■